



10-2026

Leistungsbeschreibung

1. Allgemeine Beschreibung zur gesuchten Leistung

Gegenstand der gesuchten Leistung ist die umfassende betriebsärztliche Versorgung der Universität Leipzig im dargestellten Umfang und der beschriebenen Ausprägungen. Über diese Leistungen wird ein Vertrag mit einem Unternehmen auf unbestimmte Zeit geschlossen, beginnend am 01.01.2027. Der Vertrag legt die unmittelbaren Leistungsverpflichtungen fest und sichert dem Auftragnehmer ein Mindestmaß an Leistungen zu. Es wird vertraglich ein verbindliches Dauerschuldverhältnis mit flexibilisiertem Leistungsumfang begründet.

Wir prognostizieren pro Vertragsjahr einen Bedarf von etwa 2.230 Vorsorgen (Preisblatt Vorsorgen - Summe aller Vorsorgekategorien – Zuschläge unberücksichtigt) sowie 1.000 Stunden für arbeitsmedizinische Betreuungsleistungen (Preisblatt Betreuung). Das hier bezeichnete Volumen der Leistungen wird angestrebt und dient insbesondere der Grobkalkulation der benötigten Kapazitäten für die vertragsgegenständlichen Leistungen. Das dem Auftragnehmer zugesicherte Volumen bestimmt sich ausschließlich nach dem zu schließenden Vertrag, welcher den Vergabeunterlagen beigelegt ist!

Das monetäre Vertragsvolumen für die oben genannten und angestrebten Leistungsumfänge, berechnet für 48 Monate auf Grundlage des § 3 Absatz 11 Nr. 2 der Vergabeverordnung, beläuft sich auf ca. 2.124.000 € zzgl. USt. Dementsprechend jährlich ca. 531.000 € zzgl. USt.

Bietergemeinschaften sind nicht zugelassen.

Ebenso ist der Einsatz von Nachunternehmen grundsätzlich nicht zugelassen.

Die einzelnen Leistungsbestandteile sowie die Anforderungen an diese sind insbesondere in dieser Leistungsbeschreibung, dem Leistungsverzeichnis und dem Vertrag fixiert. Die Gesamtleistung bildet ein Los. Es erfolgt keine Unterteilung in einzelne Fakultäten. Mit Angebotsabgabe wird versichert, dass die angebotenen Leistungen mindestens den Anforderungen der Ausschreibungsunterlagen zu diesem Vergabeverfahren entsprechen.

Die zur Leistungserbringung eingesetzten Betriebsärzte bzw. Arbeitsmediziner und das Assistenzpersonal müssen vollumfänglich die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen (Sprachniveaustufe C1 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER)). Dies ist auf Verlangen dem Auftraggeber nachzuweisen. Weiterhin ist für die fachgerechte Betreuung von englischsprachigen Beschäftigten und Studierenden durch den Auftragnehmer sicherzustellen, dass Betriebsärztinnen und Betriebsärzte zur Verfügung stehen, die im Rahmen der arbeitsmedizinischen Betreuung über ausreichende Englischkenntnisse verfügen (mindestens Niveau B2 gemäß GER oder gleichwertig).

Der Auftragnehmer verpflichtet sich die Dokumentation und die Akten der betriebsärztlichen Betreuung für die Universität Leipzig gemäß den Vorgaben des Datenschutzes und der ärztlichen Schweigepflicht zu führen und in den eigenen Räumlichkeiten und auf eigenen Servern aufzubewahren.

Der Bieter muss mit dem Angebot ein umfassendes Konzept für die vorgesehene Leistungserbringung vorlegen, die den Anforderungen dieser Leistungsbeschreibung sowie den weiteren Punkten des Dokumentes „Vorgaben und Hinweise zum Betreuungskonzept“ entspricht.

2. Allgemeine Informationen zum Auftraggeber

Die Verpflichtung Betriebsärzte zu bestellen, wird an der Universität Leipzig dadurch erfüllt, dass ein überbetrieblicher Dienst mit der Wahrnehmung der betriebsärztlichen Aufgaben verpflichtet wird (§ 19 ASiG, § 2 Abs. 3 Nr. 3 BsiB-AVwV) – Auftragnehmer aus diesem Ausschreibungsverfahren.

Die Universität Leipzig ist eine klassische Volluniversität mit einem sehr breiten Spektrum wissenschaftlicher Fächer, die sich in übergreifender Zusammenarbeit von Geistes-, Sozial-, Natur- und medizinischen Wissenschaften gegenseitig anregen und entwickeln.

In der Universität Leipzig sind derzeit inklusive der medizinischen Fakultät über 5.600 Beschäftigte (Stand 2024) in Forschung, Lehre und Verwaltung tätig, die arbeitsmedizinisch zu betreuen sind. Administrativ ist die Universität Leipzig getrennt in einen Hochschulbereich (4.202 Beschäftigte, Stand 2023) und die medizinische Fakultät (1.423 Beschäftigte, Stand 2024).

Die verschiedenen Fakultäten, Zentralen Einrichtungen sowie die Zentralverwaltung sind über das Stadtgebiet Leipzig, sowie Großpösna (Versuchsgut Oberholz) verteilt.

3. Vorgaben zu personellen und fachlichen Ressourcen

Der Bieter muss über die personellen, fachlichen und organisatorischen Voraussetzungen verfügen, um eine umfassende und qualitativ hochwertige arbeitsmedizinische Betreuung der Universität sicherzustellen. Auf Anforderung ist dies auch nachzuweisen. Dazu gehören eine ausreichende personelle Ausstattung mit Ärztinnen und Ärzten verschiedener Fachrichtungen, qualifiziertes medizinisches Assistenzpersonal sowie eine belastbare Organisationsstruktur, die auch bei hohen Fallzahlen, kurzfristigen Bedarfen oder speziellen Fragestellungen eine verlässliche Betreuung gewährleistet. Die angebotenen Leistungen müssen die besonderen Anforderungen einer Universität mit ihrer Vielfalt an Beschäftigten- und Studierendengruppen sowie den spezifischen Gefährdungen im wissenschaftlichen Umfeld vollständig abdecken.

Wichtig sind uns umfassende Erfahrungen mit der Betreuung von mindestens vergleichbar großen, möglichst wissenschaftlich geprägten Auftraggebern mit heterogenen Arbeitsumgebungen (Büros, Labore, Werkstätten, Veterinärmedizin, Tierhaltung, usw.). Hierzu zählen insbesondere fundierte Kenntnisse im Umgang mit spezifischen Risiken wie Gefahrstoffe, Biostoffen, Lasertechnik, ionisierender Strahlung sowie den spezifischen Risiken in veterinärmedizinischen Einrichtungen. Die Erfahrung und Leistungsfähigkeit sind durch geeignete Referenzen zu belegen.

Darüber hinaus wird erwartet, dass der Bieter über etablierte Maßnahmen zur Qualitätssicherung und kontinuierlichen Verbesserung verfügt und die regelmäßige Fort- und Weiterbildung des eingesetzten Personals gewährleistet.

Mit dieser Gesamtausstattung soll sichergestellt werden, dass die arbeitsmedizinische Betreuung der Universität nicht nur die gesetzlichen Mindestanforderungen erfüllt, sondern einen verlässlichen, qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Beitrag zur Gesundheitsförderung und zum Arbeitsschutz leistet.

Die einzelnen Anforderungen werden im Leistungsverzeichnis konkret abgefragt und sind vom Bieter im Rahmen seines Angebots vollständig zu beantworten.

4. Vorgaben zur Praxis (Lage, Ausstattung, Organisation)

Die arbeitsmedizinische Vorsorge ist am Standort Leipzig in den Räumlichkeiten des Auftragnehmers zu erbringen. Die Universität stellt keine eigenen Praxisräume zur Verfügung. Daher ist es zwingende Voraussetzung, dass der Auftragnehmer über eine im Stadtgebiet Leipzig gelegene Praxis verfügt, die barrierefrei zugänglich und für die Beschäftigten der Universität mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist. Die Lage der Praxis im bzw. nahe Stadtzentrum wäre aus logistischer Sicht optimal.

Vorausgesetzt wird eine angemessene Größe, Helligkeit, Sauberkeit und professionelle Ausstattung der Praxisräume einschließlich Empfangsbereich mit „Welcome-Assistent“ und einem Wartebereich, der sowohl ausreichend Platz als auch Diskretion und eine angenehme Atmosphäre bietet. Laborausstattung und Diagnostikgeräte, um eine fachgerechte arbeitsmedizinische Untersuchung zu ermöglichen, müssen vorhanden sein.

Von zentraler Bedeutung sind zudem effiziente Organisations- und Serviceabläufe, einschließlich eines elektronischen Einladungs- und Terminmanagementsystems, klarer Kommunikationsstrukturen, Vertretungsregelungen innerhalb der Praxis sowie die Möglichkeit, Notfalltermine kurzfristig zu vergeben. Mehrsprachiges Personal ist erforderlich, um bei Bedarf die Betreuung internationaler Studierender und Beschäftigter zu gewährleisten.

Es wird ein möglichst großes arbeitstägliches Zeitfenster für Untersuchungen in der Praxis des Auftragnehmers erwartet, um den Beschäftigten der Universität möglichst optimale Bedingungen für die Wahrnehmung der Vorsorgen anbieten zu können. Die Universität erwartet ferner, dass die Praxis flexible Präsenzzeiten vor Ort bietet, um sowohl planbare Vorsorgen als auch akute Fälle zuverlässig abdecken zu können. Mit dieser Ausstattung und Organisation soll sichergestellt werden, dass die arbeitsmedizinische Betreuung effizient, patientenfreundlich und professionell durchgeführt werden kann.

Die einzelnen Anforderungen werden im Leistungsverzeichnis konkret abgefragt und sind vom Bieter im Rahmen seines Angebots vollständig zu beantworten.

5. Auszuführende betriebsärztliche Leistungen

5.1. Arbeitsmedizinische Betreuungsleistungen

Die arbeitsmedizinischen Betreuungsleistungen unterteilen sich in die Teilbereiche:

- a) *arbeitsmedizinische Grundbetreuung*
- b) *betriebsspezifische Betreuung*
- c) *Zusatzleistungen / innovative Angebote*

Entsprechend der Natur der Leistungen sind diese überwiegend in den Betriebsstätten des Auftraggebers zu erbringen. Die Verteilung der Betriebsstätten ist der Standortübersicht zu entnehmen. Der Auftragnehmer wird nur auf Anforderung des Auftraggebers tätig.

Das hier bezeichnete, jährliche Volumen der arbeitsmedizinischen Betreuungsleistungen wird vom Auftraggeber angestrebt und dient insbesondere der Grobkalkulation der benötigten Kapazitäten beim Auftragnehmer. Das zugesicherte Volumen richtet sich nach dem Vertrag.

Die Abrechnung erfolgt quartalsweise nach tatsächlich erbrachter Leistung getrennt je Leistungsteil und Bereich des Auftraggebers. Ein aussagekräftiger und entsprechend aufgeschlüsselter Tätigkeitsbericht ist zusätzlich in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

Für die Terminkoordination, -organisation sowie kaufmännische Fragen zur Vertragsabwicklung ist jeweils eine verantwortliche Person schriftlich zu benennen.

a) Arbeitsmedizinische Grundbetreuung

Grundlage für die Wahrnehmung der Aufgaben durch den Auftragnehmer ist das Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) in Verbindung mit der DGUV Vorschrift 2 in der jeweils geltenden Fassung. Der Auftragnehmer unterstützt und berät den Auftraggeber in Fragen des Gesundheitsschutzes und der Unfallverhütung und verpflichtet sich zur Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachkräften und den Personalräten der Universität Leipzig.

Die vertragsjährlichen Grundbetreuungszeiten richten sich nach dem ASiG und nach der DGUV 2 sowie nach den Hochschulbereichen (Gruppe I und II).

Die Aufteilung der Gesamteinsatzzeit folgt dem Ansatz:

20% Betriebsärzte und 80 % Fachkräfte für Arbeitssicherheit.

Für die betriebsärztliche Grundbetreuung ergibt sich daraus eine Einsatzzeit je Bereich von:

600 Stunden pro Vertragsjahr im Hochschulbereich
400 Stunden pro Vertragsjahr an der medizinischen Fakultät

In der Grundbetreuung enthalten Leistungen:

- Beratung bei der Planung, Ausführung und Unterhaltung von Betriebsanlagen (Büro-, Unterrichtsräume, Laboratorien, Werkstätten, u.a.) sowie von sanitären und sozialen Einrichtungen.
- Beratung bei der Beschaffung von technischen Arbeitsmitteln und der Einführung von Arbeitsverfahren und Arbeitsstoffen.
- Beratung bei der Auswahl und Erprobung von persönlicher Schutzausrüstung (z.B. Schutzhandschuhen und Schutzbrillen).
- Beratung in arbeitsphysiologischen, ergonomischen, arbeitspsychologischen und arbeitshygienischen Fragen, insbesondere des Arbeitsrhythmus, der Arbeitszeit und der Pausenregelung, bei der Gestaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs und der Arbeitsumgebung.
- Beratung bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen.
- Kontrolle des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und der Unfallverhütung einschließlich regelmäßiger Begehungen, Mängelfeststellungen mit Lösungsvorschlägen sowie Feststellung arbeitsbedingter Erkrankungen.
- Beratung bezüglich der Gefährdungsbeurteilung sowie Schaffung eines Sicherheitsbewusstseins im Arbeits- und Gesundheitsschutz.
- Mitwirkung bei der Bearbeitung von Verdachtsmeldungen zu Berufserkrankungen.
- Monatlich 1 Jour Fixe mit den Fachkräften für Arbeitssicherheit.
- Quartalsweise 2 Jour Fixe mit den Personalräten.
- Monatlich bis zu 3 geplante Begehungen, Zeitdauer i. d. R. 2-3 Stunden.
- Teilnahme am Arbeitsschutzausschuss.
- Teilnahme an weiteren gesundheitsbezogenen Arbeitstreffen.

b) Betriebsspezifische Betreuung

Die Themen der vertragsjährlichen betriebsspezifischen Betreuung sind bedarfsorientiert und mit der Stabsstelle für Umweltschutz und Arbeitssicherheit des Auftraggebers im Vorfeld abzustimmen.

Für die betriebsspezifische Betreuung ergibt sich eine Einsatzzeit je Bereich von:

150 Stunden pro Vertragsjahr Hochschulbereich
100 Stunden pro Vertragsjahr medizinische Fakultät

In der betriebsspezifischen Betreuung sind folgende Beratungstätigkeiten und Unterstützungsleistungen enthalten:

- Beratungen zu grundlegenden Änderungen von Arbeitsverfahren.
- Beratungen zu Baumaßnahmen.
- Teilnahme an betrieblichen Aktionen, Programmen und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung.
- Untersuchung von Unfällen und Berufskrankheiten.
- Beratung bei Fragen des Arbeitsplatzwechsels sowie der Eingliederung/Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess und Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM).
- Studierendenberatungen hinsichtlich arbeitsmedizinischer Gesichtspunkte.
- Spezifische Arbeitsplatzbegehungen.
- Fachliche Unterstützung bei der Erstellung und Bewertung der individuellen, tätigkeitsbezogenen Gefährdungsbeurteilung gemäß Mutterschutzgesetz. Insbesondere die arbeitsmedizinische Bewertung der konkreten Tätigkeit, die Beratung zu erforderlichen Anpassungen der Arbeitsbedingungen sowie die Unterstützung des Arbeitgebers bei der Festlegung geeigneter Schutzmaßnahmen.
- Psychologische Notfallbetreuung wurde vollständig gestrichen.
- Gripeschutzimpfungen (Impfstoffabrechnung über Krankenkarte).
- Allgemeine Beratung im Rahmen der Wunschvorsorge nach ArbSchG.
- Psychosoziale Beratung und Unterstützung belasteter Teams.

c) Zusatzleistungen / innovative Angebote

BEM

Die Universität erwartet vom Auftragnehmer eine aktive und fachlich fundierte Unterstützung im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM). Ziel ist es, Beschäftigte nach längerer oder wiederholter Arbeitsunfähigkeit durch geeignete Maßnahmen nachhaltig in den Arbeitsprozess zu reintegrieren und erneuten Arbeitsunfähigkeiten vorzubeugen. Die Unterstützung im BEM-Verfahren ist als Bestandteil der betriebspezifischen arbeitsmedizinischen Betreuung zu erbringen. Sie soll sich durch Fachkompetenz, Neutralität, Vertraulichkeit und Lösungsorientierung auszeichnen.

Der Auftragnehmer erbringt hierfür insbesondere folgende Leistungen:

- Medizinische Beratung der Beschäftigten zu gesundheitlichen Einschränkungen, Belastungen und individuellen Möglichkeiten der Wiedereingliederung.
- Teilnahme an BEM-Gesprächen in enger Zusammenarbeit mit dem BEM-Team, der Personalverwaltung, der Schwerbehindertenvertretung, den Personalräten sowie ggf. weiteren internen oder externen Akteuren.
- Erarbeitung von Vorschlägen für Maßnahmen zur Anpassung der Arbeitsbedingungen (z. B. ergonomische Verbesserungen, Umgestaltung von Aufgaben, technische Hilfen).
- Unterstützung bei stufenweisen Wiedereingliederungen einschließlich Abstimmung mit behandelnden Ärzten, Therapeuten oder der Deutschen Rentenversicherung.
- Vermittlung an weiterführende Stellen (z. B. Fachkliniken, Reha-Träger, Integrationsamt), wenn zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind.
- Dokumentation und Nachverfolgung der gemeinsam vereinbarten Schritte im BEM-Prozess.

Sie werden bedarfsgerecht und ausschließlich nach Abruf durch das BEM-Team der Universität, im Rahmen der genannten Stundenkontingente der arbeitsmedizinischen Grundbetreuung und der betriebspezifischen Betreuung, erbracht. Die Leistungen erfolgen ergänzend zu den in der aktuell vorliegenden Fassung der Dienstvereinbarung zum BEM geregelten Zuständigkeiten und ersetzen nicht die dort definierten Verfahren, Ansprechpersonen oder Beauftragten. Sollten sich im Rahmen einer möglicherweise zukünftigen Änderung der Dienstvereinbarung zum BEM die dort definierten Verfahren, Ansprechpersonen oder Beauftragten ändern, könnte dies auch ggf. zu einer direkten Einbindung und Übernahme von BEM-Verfahren führen.

Psychologische Notfallbetreuung

Die Universität erwartet vom Auftragnehmer eine qualifizierte und verlässliche Unterstützung bei psychologischen Notfällen, insbesondere im Zusammenhang mit schweren Arbeitsunfällen, traumatischen Ereignissen oder akuten Krisensituationen. Ziel ist es, den betroffenen Beschäftigten zeitnah Hilfe und Stabilisierung anzubieten, um akute Belastungsreaktionen abzufangen und die Grundlage für eine nachhaltige Bewältigung zu schaffen. Die Unterstützung bei psychologischen Notfällen ist als Bestandteil der betriebspezifischen arbeitsmedizinischen Betreuung zu erbringen. Sie soll sich durch Schnelligkeit, Fachkompetenz, Vertraulichkeit und Empathie auszeichnen. Die Notfallbetreuung kann dabei situationsabhängig in der Praxis, direkt vor Ort oder telefonisch erfolgen. Ziel ist eine verlässliche Erstversorgung in Ausnahmesituationen, die eine nachhaltige Stabilisierung der Beschäftigten ermöglicht und die Handlungsfähigkeit der Universität als Arbeitgeber sicherstellt.

Der Auftragnehmer erbringt hierfür insbesondere folgende Leistungen:

- Akutintervention durch kurzfristig verfügbare ärztliche oder psychologische Fachkompetenz unmittelbar nach einem Vorfall.
- Krisen- und Notfallgespräche mit den betroffenen Beschäftigten zur psychischen Stabilisierung, Orientierung und ersten Verarbeitung.
- Beratung und Unterstützung von Führungskräften und Teams, die in traumatische Ereignisse involviert sind oder mittelbar betroffen sein können.
- Dokumentation der ergriffenen Maßnahmen sowie Abstimmung mit der Universität hinsichtlich weiterer Unterstützungsbedarfe.

Sie werden bedarfsgerecht und ausschließlich nach Abruf durch die Universität, im Rahmen der genannten Stundenkontingente der arbeitsmedizinischen Grundbetreuung und der betriebsspezifischen Betreuung, erbracht.

Psychosoziale Beratung und Unterstützung belasteter Teams

Der Bieter hat die Universität im Rahmen der betriebsspezifischen arbeitsmedizinischen Betreuung bei psychosozialen Belastungssituationen im Arbeitsumfeld zu unterstützen. Ziel ist es, durch frühzeitige arbeitsmedizinische Beratung und begleitende Maßnahmen die Zusammenarbeit in Teams zu stärken, gesundheitliche Belastungen zu reduzieren und ein respektvolles sowie gesundheitsförderliches Arbeitsumfeld zu unterstützen.

Die genannten Leistungen sind Teil der betriebsspezifischen arbeitsmedizinischen Betreuung gemäß § 3 Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) und im Rahmen dieser abzurechnen. Sie werden bedarfsgerecht und ausschließlich nach Abruf durch die Universität, im Rahmen der genannten Stundenkontingente der arbeitsmedizinischen Grundbetreuung und der betriebsspezifischen Betreuung, erbracht. Die Auswahl, Planung und Durchführung erfolgen in enger Abstimmung zwischen Universität und Auftragnehmer.

Die Leistungen umfassen insbesondere:

- Arbeitsmedizinische und psychosoziale Beratung von Beschäftigten in belastenden Arbeitssituationen, ggf. unter Einbindung weiterer interner Stellen (z. B. Personalabteilung, Gesundheitsmanagement)
- Durchführung von Gruppensitzungen und moderierten Workshops zur Förderung einer gesundheitsförderlichen Zusammenarbeit im Team
- Moderationen und strukturierte Gesprächsformate zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses von Erwartungen und Bedürfnissen der Beschäftigten
- Maßnahmen zur Förderung von Rücksichtnahme, Empathie und wertschätzender Kommunikation im Team
- Begleitung von Lern- und Entwicklungsprozessen zur nachhaltigen Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Stärkung psychosozialer Kompetenzen
- Dokumentation und Rückmeldung an den Arbeitgeber über Verlauf und Ergebnisse der Maßnahmen unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht und datenschutzrechtlicher Vorgabe

Die Leistungen erfolgen ergänzend zu den in der Dienstvereinbarung zur Konfliktlösung am Arbeitsplatz geregelten Zuständigkeiten und ersetzen nicht die dort definierten Verfahren, Ansprechpersonen oder Beauftragten.

Weitere Betreuungsangebote

- Gripeschutzimpfungen in den Räumlichkeiten der Universität.
- Spezielle Programme für Risikogruppen (z. B. Laborpersonal, Beschäftigte mit Biostoff-Exposition, Tierpfleger).
- Angebote im Bereich psychische Gesundheit, Burnout-Prävention.
- Regelmäßige proaktive Informationsangebote (Newsletter, Gesundheitstipps).
- Beteiligung an Gesundheitstagen oder Präventionsveranstaltungen.

5.2. Arbeitsmedizinische Vorsorgen

Die arbeitsmedizinische Vorsorge dient dem Schutz und der Förderung der Gesundheit der Beschäftigten. Sie ist gesetzlich vorgeschrieben und ergibt sich insbesondere aus dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) sowie der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV). Danach ist der Arbeitgeber verpflichtet, seinen Beschäftigten arbeitsmedizinische Vorsorge zu ermöglichen, wenn Tätigkeiten mit besonderen gesundheitlichen Belastungen oder Gefährdungen verbunden sind.

Die Vorsorgen und Beratungen erfolgen auf Grundlage der ArbMedVV und des ASiG sowie ergänzend gemäß den Empfehlungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) für arbeitsmedizinische Beratungen und Untersuchungen und den einschlägigen Arbeitsmedizinischen Regeln (AMR).

Die Leistung ist am Standort Leipzig, in den Räumlichkeiten des Auftragnehmers zu erbringen. Spezielle Vorgaben siehe 4. dieser Leistungsbeschreibung.

Die Beschäftigten der Universität werden durch die Personalverwaltung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge eingeladen. Für einen Teil der Vorsorgen ist die Übertragung des Einladungs- und Terminmanagements an den Auftragnehmer vorgesehen, dafür ist im Preisblatt eine entsprechende Preisposition vorgesehen. Die Übertragung ist wie die übrigen Preisbestandteile zu Vorsorgen anzusehen und wird bedarfsgerecht beauftragt. Damit der Auftragnehmer diesen Leistungsteil übernehmen kann würden ihm die vorsorgepflichtigen Beschäftigten, einschließlich der zur Durchführung der Vorsorge erforderlichen Angaben, übermittelt werden. Der Auftragnehmer würde für diese Fälle die Einladung der Beschäftigten, die Terminorganisation sowie gegebenenfalls Erinnerungs- und Nachverfolgungsprozesse im Auftrag der Universität vornehmen. Die Verantwortung des Arbeitgebers für die Veranlassung der arbeitsmedizinischen Vorsorge bleibt hiervon unberührt.

Da die Übertragung des Einladungs- und Terminmanagements auf den Auftragnehmer zunächst nur teilweise erfolgen wird und zu einem späteren Zeitpunkt einer Evaluierung bedarf, können wir die Inanspruchnahme dieser Leistungsposition nicht zusichern. Die im Preisblatt prognostizierte Menge geht jedoch in die Gesamtpreisbewertung ein.

Auf Grundlage der Einladung zur Vorsorge vereinbaren die Beschäftigten eigenständig einen Termin mit der Praxis des Auftragnehmers. Die Einladung enthält die Angabe der durch den Auftragnehmer mit dem Beschäftigten der Universität durchzuführenden Vorsorgen. Der Auftragnehmer stellt für die Terminvereinbarung und -koordination ein geeignetes elektronisches Einladungs- und Terminmanagementsystem zur Verfügung. Das System muss für die Beschäftigten über einen Standard-Webbrowser rund um die Uhr erreichbar sein und es müssen freie Termine wähl- und buchbar sein oder konkrete Terminanfragen versendet werden können.

Vorsorgetermine müssen vom Auftragnehmer innerhalb von drei Wochen nach Terminanfrage durch die Beschäftigten garantiert werden (Zeitspanne von Terminanfrage bis zum nächstmöglichen Vorsorgetermin – maximal 3 Wochen).

Der Betriebsarzt hat nach Durchführung der arbeitsmedizinischen Vorsorge eine Vorsorgebescheinigung gemäß § 6 ArbMedVV auszustellen. Dabei sind für die Pflege der Vorsorgekartei und genauen Zuordnung der Vorsorgegründe die einzelnen durchgeführten Vorsorgen gemäß der den Vergabeunterlagen beigefügten Codierung zu codieren.

Die Ausfertigung für den Beschäftigten ist dem Beschäftigten unmittelbar auszuhändigen. Die Ausfertigung für den Arbeitgeber ist in Schriftform getrennt für den Hochschulbereich und die Medizinische Fakultät innerhalb von 14 Tagen an die Universität zu übermitteln.

Impfungen (außer Gripeschutzimpfung) sind ein wesentlicher Bestandteil der arbeitsmedizinischen Vorsorge. Sie dienen dem individuellen Schutz der Beschäftigten vor arbeitsbedingten Infektionsrisiken.

Abrechnungsmodalitäten für durchgeführte Vorsorgen

Die Abrechnung der arbeitsmedizinischen Vorsorgeleistungen erfolgt auf Grundlage eines Baukastensystems (nachfolgende Ziffern I bis V). Ziel ist es, die Leistungen transparent, nachvollziehbar und differenziert nach dem tatsächlichen Leistungsumfang abzubilden. Die arbeitsmedizinische Vorsorge wird getrennt für den Hochschulbereich und die medizinische Fakultät monatlich abgerechnet.

I. Grundpauschale

Mit der Grundpauschale sind alle allgemeinen arbeitsmedizinischen Basisleistungen abgegolten, die im Rahmen der Vorsorge regelmäßig erforderlich sind (z.B. Anamnese, körperliche Untersuchung, Impfstatusprüfung, Erstellung der Vorsorgebescheinigung, Beratung zu allgemeinen Gesundheitsthemen, Dokumentation)

II. Aufschläge zur Grundpauschale

Die Grundpauschale kann durch folgende Zuschläge ergänzt werden:

- Aufwandszuschlag Büro (z.B. für Büro- oder Bildschirmarbeitsplätze mit spezieller Beratung).
- Aufwandszuschlag Nacharbeit (z.B. Vorsorge nach ArbZG für Nacht- und Schichtarbeit).

- Grundzuschlag Gefahrstoffe (z.B. Tätigkeiten mit chemischen Gefahrstoffen, Stäuben, Handschuhen).
- Grundzuschlag Biostoffe (z.B. Tätigkeiten in Laboren, Umgang mit Biostoffen nach Biostoffverordnung).
- Aufwandszuschläge für verschiedene physikalische Gefährdungen, Atemschutz.
- Aufwandszuschläge Atemschutz.
- Aufwandszuschläge Auslandsreisen (arbeitsmedizinische Vorsorge inkl. reisemedizinischer Beratung und Impfempfehlungen).
- Aufwandszuschläge für verschiedene Eignungsuntersuchungen und Überwachung nach StrlSchG.

III. Differenzierte Aufwandszuschläge für Gefahrstoffe und Biostoffe

- Zusätzlich zu den genannten Grundzuschlägen können für einzelne, besonders aufwändige Vorsorgegründe im Bereich der Exposition mit Gefahrstoffen und Biostoffen weitere Aufwandszuschläge abgerechnet werden.

IV. Sonderpauschalen

Unabhängig von der Grundpauschale sind folgende Vorsorgeleistungen über eigene Pauschalen abzurechnen:

- Wunschvorsorge zur Feststellung der Notwendigkeit einer Bildschirmbrille
- Wunschvorsorge zu Fahr-, Steuer- und Überwachungstätigkeit
- Wunschvorsorge Tätigkeiten mit Absturzgefahr auf Grundlage der Eignung nach DGUV
- Die allgemeine Beratung im Rahmen der Wunschvorsorge nach ArbSchG erfolgt im Rahmen der betriebsspezifischen Betreuung. Es erfolgt keine gesonderte Abrechnung

V. Impfungen

Die Abrechnung erfolgt nach einem transparenten und nachvollziehbaren System, das zwischen der ärztlichen Leistung und den Impfstoffkosten unterscheidet.

Impfleistung (Grundposition):

- Abrechnung erfolgt je durchgeführter Injektion.
- Enthalten sind die ärztliche Durchführung, Aufklärung, Beobachtung, Dokumentation der Impfung sowie alle notwendigen Nebenleistungen und Verbrauchsmaterialien.

Aufschlag bei simultaner Verabreichung unterschiedlicher Impfstoffe:

- Für jede weitere Impfung, die im Rahmen derselben Sitzung simultan verabreicht wird, erfolgt ein Aufschlag je zusätzlicher Injektion.
- Enthalten sind ebenfalls Durchführung, Dokumentation, Nebenleistungen und Verbrauchsmaterialien.

Impfstoffkosten:

- Die Impfstoffe selbst sind gesondert abzurechnen.
- Abrechnung erfolgt gemäß dem zum Zeitpunkt der Impfung aktuellen Apothekenverkaufspreis, welcher den Vorgaben der Arzneimittelpreisverordnung entsprechen muss (der Kaufnachweis muss durch den Auftragnehmer erbracht werden können).
- Die Abrechnung des Impfstoffpreises hat nachvollziehbar und transparent zu erfolgen

Die verschiedenen Bestandteile der arbeitsmedizinischen Vorsorge sind vom Bieter mit Preisangaben zu versehen (siehe Preisblatt).

Beispiele für Codierung und Abrechnung

Beispiel 1:

Tätigkeiten an Bildschirmgeräten

Vorsorgebescheinigung mit folgenden Vorsorgen:

- 4.02.2 – Angebotsvorsorge Tätigkeiten an Bildschirmgeräten

Abrechnung:

- 1x Grundpauschale Arbeitsmedizinische Vorsorge (Index 1.1.1)
- 1x Aufwandszuschlag für Tätigkeiten an Bildschirmgeräten (Index 1.1.2)

Beispiel 2:

Tätigkeiten an Bildschirmgeräten, Tätigkeiten mit Hartholzstäuben, Ethanol, flüssigkeitsdichten Handschuhen, Lärmbelastung, Exposition gegenüber sensibilisierend oder toxisch wirkenden biologischen Arbeitsstoffen, regelmäßigem Kontakt zu fäkalienhaltigen Abwässern, Atemschutz Gruppe 1

Vorsorgebescheinigung mit folgenden Vorsorgen:

- 1.16.2 – Angebotsvorsorge Tätigkeit mit Hartholzstaub
- 1.37.2 – Angebotsvorsorge Tätigkeit mit n-Hexan, n-Heptan, 2-Butanon, 2-Hexanon, Ethanol, 2-Methoxyethanol, Dichlormethan, 1,1,1-Trichlorethan oder deren Gemischen
- 1.70.2 – Angebotsvorsorge Feuchtarbeit unter 4h
- 2.72.2 – Angebotsvorsorge Tätigkeiten mit Exposition gegenüber sensibilisierend oder toxisch wirkenden biologischen Arbeitsstoffen
- 2.74.1 – Pflichtvorsorge Tätigkeiten mit regelmäßigem Kontakt zu fäkalienhaltigen Abwässern oder mit fäkalienkontaminierten Gegenständen
- 3.01.1 – Pflichtvorsorge Tätigkeit mit Lärmbelastung > 85db
- 4.02.2 – Angebotsvorsorge Tätigkeiten an Bildschirmgeräten

Abrechnung:

- 1x Grundpauschale Arbeitsmedizinische Vorsorge (Index 1.1.1)
- 1x Aufwandszuschlag für Tätigkeiten an Bildschirmgeräten (Index 1.1.2)
- 1x Grundzuschlag Gefahrstoffe (Index 1.2.1)
- 1x Aufwandszuschlag Hartholzstäube (Index 1.2.15)
- 1x Aufwandszuschlag n-Hexan, n-Heptan... (Index 1.2.34)
- 1x Aufwandszuschlag Feuchtarbeit (Index 1.2.36)
- 1x Grundzuschlag Biostoffe (Index 1.3.1)
- 2x Aufwandszuschlag pro Vorsorgegrund Biostoffe (Index 1.3.2)
- 1x Aufwandszuschlag Lärmbelastung

Beispiel 3:

Tätigkeiten der Kategorie A im Sinne des Strahlenschutzgesetzes

Vorsorgebescheinigung mit folgenden Vorsorgen:

- 5.01.3 – Ärztliche Überwachung beruflich exponierter Personen gemäß StrSchV § 71 Abs. 1 u. § 77

Abrechnung:

- 1x Grundpauschale Arbeitsmedizinische Vorsorge (Index 1.1.1)
- 1x Aufwandszuschlag für die ärztliche Überwachung beruflich exponierter Personen gemäß StrSchV § 71 Abs. 1 u. § 77 (Index 1.5.6)

5.3. Arbeitsmedizinische Vorsorgen für Studierende der Medizinischen Fakultät

Die Studierenden der Medizinischen Fakultät treten innerhalb ihres jeweiligen Studiums in direkten Kontakt mit Patientinnen und Patienten und Umgebungen, in denen sie potenziell gesundheitsgefährdenden Einflüssen (z. B. Infektionserregern, Gefahrstoffen, physikalischen Risiken) ausgesetzt sein können. Um den Gesundheitsschutz der Studierenden sicherzustellen und die rechtlichen Vorgaben gemäß Arbeitsmedizinischer Vorsorgeverordnung (ArbMedVV) zu erfüllen, ist vor Aufnahme der klinischen Ausbildung eine betriebsärztliche Vorsorgeuntersuchung erforderlich.

Die Vorsorge ist im Monat April für ca. 150 Studierende (PJler) und in den Monaten Oktober/November für ca. 600 Studierende durchzuführen. Weitere Einzeltermine (für z.B. Hochschulwechsler, Erasmus) müssen auf Nachfrage zur Verfügung gestellt werden. Hierfür stellt der Auftragnehmer ein digitales Terminmanagementsystem bereit, über das sich die Studierenden eigenständig zu Untersuchungsterminen anmelden können. Die Leistung ist am Standort Leipzig, in den Räumlichkeiten des Auftragnehmers zu erbringen. Spezielle Vorgaben siehe 4. dieser Leistungsbeschreibung.

Neben der klassischen arbeitsmedizinischen Vorsorge für Tätigkeiten in Einrichtungen zur medizinischen Untersuchung, Behandlung und Pflege von Menschen umfasst die Leistung auch eine ergänzende Beratung zu den Themen Mutterschutz, Hautschutz, Nadelstichverletzungen, D-Arzt sowie eine Impfberatung.

Jeder Studierende erhält nach Abschluss der Vorsorge unmittelbar ausgehändigt:

- Eine Vorsorgebescheinigung gemäß § 6 ArbMedVV.
- Eine individuelle Impfpfehlung.
- Einen Nachweis des Immunstatus.

Eine weitere Ausfertigung ist als Sammeldokument unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht und datenschutzrechtlicher Vorgaben in geeigneter Form dem Referat Lehre der medizinischen Fakultät zu übermitteln.

Die Abrechnung erfolgt gegenüber der Medizinischen Fakultät als monatliche Sammelrechnung. Die Abrechnung hat transparent, nachvollziehbar und differenziert zu erfolgen. Weitere details gemäß Vertrag.

Die Vorsorge für Studierende ist vom Bieter mit Preisangabe zu versehen (siehe Preisblatt).

Ende Dokument Leistungsbeschreibung